

Zeitschrift: Neue Wege : Beiträge zu Religion und Sozialismus
Herausgeber: Vereinigung Freundinnen und Freunde der Neuen Wege
Band: 92 (1998)
Heft: 5

Nachwort: Worte
Autor: Hürlimann, Thomas / Soros, George / Johannes Paulus. II, Papst, 1920-2005

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Kreis erkennt: «Die nichtkommunistischen Friedensbewegungen verstand man als (un)freiwillige Helfer der kommunistischen Unterwanderung. – Weil dem Schweizerischen Friedensrat auch aktive Dienstverweigerer inkorporiert seien, sei dies Beweis, dass die religiös-pazifistischen Friedensziele auf die Schwächung der Wehrkraft ausgerichtet seien.»⁴ Aus Angst also, die Schwächung der Wehrkraft könnte zunehmen, mussten die Friedenskräfte «diszipliniert» werden!

Rechtsextremen Kreisen wurde offensichtlich nicht die gleiche Aufmerksamkeit geschenkt. Da war man blauäugig oder auf einem Auge sehschwach.

Verdankenswert ist der Schlusssatz im *Bacher-Bericht*: «Es wäre beunruhigend und in gewisser Weise paradox, wenn der Staat angeblich zu seinem Schutz einen Teil dessen preisgäbe, was eben diesen Schutz rechtfertigt, nämlich Hüter höchster menschlicher Werte zu sein.»

Damit sind wir bei den Postulaten, wie sie von der «S.o.S»-Initiative vertreten

werden: Abschaffung der politischen Polizei und Einführung eines neuen Grundrechts, nämlich der Freiheit vor Überwachung bei ideeller und politischer Betätigung. SP-Nationalrat *Paul Rechsteiner* sagt es so: «Dass diese Abstimmung jetzt stattfindet, ist nicht ohne Reiz. 1848 fand in der Schweiz die einzige erfolgreiche liberale Revolution in ganz Europa statt, und vor genau 200 Jahren wurden die Untertanengebiete in unserem Land befreit. 1998 geht es darum, die Freiheitsrechte gegenüber den aktuellen Bedrohungen zu schützen und die Demokratie dadurch wirksam zu stärken.»⁵

1 Hansjörg Braunschweig, *Freiheit* kleingeschrieben! Z-Verlag, Basel 1990.

2 Ruedi Brassel/Martin Leuenberger, Willi Kobe, Pazifist, Sozialist und Pfarrer, *Eine Lebensgeschichte der Friedensbewegung*, Edition Exodus, Luzern 1994.

3 Schlussbericht über die Tätigkeit des Sonderbeauftragten für Staatsschutzakten des Bundes, Bern 1996.

4 Georg Kreis (Hg.), *Staatsschutz in der Schweiz*, Haupt, Bern 1993.

5 Fichen-Fritz, Nr. 32, hg. vom Komitee Schluss mit dem Schnüffelstaat, Bern 1998.

Wer die nationale Zugehörigkeit aufgibt, gibt die Geschichte auf. Wer die Geschichte aufgibt, verliert seinen Ort. Wer seinen Ort verloren hat, kann sich nicht mehr einmischen. Er hat sich an die Trusts verkauft. Gerade unsere Politiker sind diesem Selbstabschaffungsprozess in fröhlicher Blödeheit verfallen. Sie schreien: Wirtschaft! Kapital! Globalisierung! – und merken nicht, dass sie auf diesem von ihnen propagierten Planeten nicht mehr vorkommen.

(Thomas Hürlimann, in: *Zürichsee-Zeitung*, 8.4.1998)

Mich beunruhigt die globale Freizügigkeit des Kapitals, das erschwert seine Besteuerung. Dies beeinträchtigt die Fähigkeit der Staaten, soziale Leistungen anzubieten. Die Armen müssen mehr zahlen, weil die Reichen abhauen.

(US-Finanzguru Georg Soros, in: *DER SPIEGEL*, 6.4.1998, S. 121)

Um eine gerechtere Gesellschaft und einen stabileren Frieden in der Welt zu erzielen, ist es dringende Pflicht der internationalen Organisationen, dazu beizutragen, dass das Verantwortungsbewusstsein für das Gemeinwohl gefördert wird... Wenn das Ziel eine Globalisierung ohne Ausgrenzung ist, kann man eine Welt nicht mehr ertragen, in der Steinreiche und Allerärmste Seite an Seite leben, Besitzlose ohne das Lebensnotwendigste und Leute, die hemmungslos das vergeuden, was andere notwendig brauchen. Solche Kontraste sind eine Beleidigung für die Würde der menschlichen Person.

(Johannes Paul II., Neujahrsbotschaft vom 1.1.1998)